

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 24.

Berlin, den 1. Dezember 1906.

12. Jahrgang.

Meine Agitationstour durch Westdeutschland.

Gewöhnlich neigt man sich der Ansicht zu, daß der Westen Deutschlands immer noch ein unfruchtbarer Boden für alle freibetrieblichen und fortschrittlichen Ideen ist, wie der Osten. Es mag dieses auch verschiedentlich zutreffen, aber innerhalb unserer Kollegenchaft dürfte es zu verzeichnen sein, daß von einem Vorwärtsschreiten, wie man es in der heutigen Zeit vom deutschen Proletariat mit seinem denn 1 1/2 Millionen starken modern organisierten Arbeiterheer gewohnt ist, im Westen Deutschlands so wenig zu verspüren ist, wie im Osten, und es ist für einen Agitatoren, gleichviel wer es sei, keine leichte Aufgabe, sich in diese Geistes zu begeben, während zu wirken und die große Zahl der dort noch vorhandenen indifferenten Kollegen und Kolleginnen dem Verbands zuzuführen. So undankbar die Arbeit nun ist, so muß sie eben doch gemacht werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der Samen, der gestreut wird, nicht immer aufgeht und die erhofften Früchte trägt.

Schon die Erledigung der Vorarbeiten für eine Agitationstour für unseren Verband erfordert eine große Anwendung von Zeit, da wir in verschiedenen Orten gar keine oder nur schlechte Verbindungen haben, und deshalb es notwendig ist, sich mit mehreren Stellen in Verbindung zu setzen. Nach dem feindseligen Verhalten der Buchdrucker (wenigstens eines großen Teils derselben) gegenüber unserer Kollegenchaft, das in den letzten Monaten besonders stark hervortrat, war mir die Möglichkeit genommen, glauben zu dürfen, daß auch nur einer von den organisierten Buchdruckern zur Einberufung einer Versammlung für das Hilfspersonal die Hand bieten würde. Ich wandte mich deshalb in allen Fällen, wo nicht Kollegen von uns in Betracht kamen, an die Gewerkschaftsstellvertreter und an die Vorsitzenden der Buchbindervereine der einzelnen Orte. Ich muß konstatieren, daß ich von den Buchbindern in liebenswürdigster Weise ein Entgegenkommen gefunden habe, aber zu gleicher Zeit auch bemerkte, daß zum guten Glück nicht an allen Orten der Spalt zwischen Buchdruckern und Hilfsarbeitern so groß ist, wie dies die Vorgänge in einzelnen Städten kund tun. Vielfach wurde von den in meinen Agitationsversammlungen anwesenden Buchdruckern der Standpunkt eingenommen, daß es die Pflicht eines richtig organisierten Arbeiter sei, überall wo ihm die Gelegenheit geboten ist, für die gemeinsame Arbeiterschaft zu agitieren, er diese Gelegenheit wahr zu nehmen hat und nicht einseitig nur seinem eigenem Interesse zu widmen hat. Einem geschlossenen graphischen Unternehmertum muß eine geschlossene graphische Arbeiterchaft gegenüberstehen. Dann aber, auch nur dann, ist es möglich, mit den Unternehmern wirkliche, für die Kollegenchaft Vorteil bringende Verträge abzuschließen. Unter den gegebenen Verhältnissen aber, wo der organisierte Arbeiter, ohne das geringste sich dabei zu denken, an einer Maschine noch mit indifferenten Arbeitern zusammenarbeitet, hat der Arbeitgeber keine Ursache, das Vorgehen der einen oder anderen Partei im graphischen Gewerbe besonders zu fürchten. An uns liegt es aber, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch die uns noch fernstehenden erwachen und sich unseren Reihen anschließen, zur allgemeinen fruchtbringenden Arbeit.

Von unserem Hauptvorstande beauftragt, trat ich nun am 26. Oktober meine Agitationstour, wenn auch nicht gerade mit großen Hoffnungen, so doch mit Überdacht an und referierte noch am selben Tage in Straßburg. War die Versammlung auch nicht gerade gut besucht, der Zahl nach, so konnte sie doch dem Prozentlage der dort vorhandenen Mitglieder als gut bezeichnet werden. Die Straßburger Kollegenchaft hat es in den verflorenen Monaten an reger Agitationsarbeit nicht fehlen lassen

und zeigte sich der Erfolg in der Vermehrung der Mitgliederzahl. Möge die jetzige Lohnbewegung, die nun dort von unserer Kollegenchaft eingeleitet wurde, ein weiteres dazu beitragen, dieselben noch enger zusammen zu schweißen.

In Stuttgart, wo ich am Samstag, den 27. Oktober über den Stand der dortigen Tarifbewegung referierte, war die Versammlung von einem guten Geiste getragen. Dort ist es notwendig, daß die Verwaltung, noch intensiver wie bisher, sich der Kleinorganisation widmet, denn noch ein weites Feld harret der Bearbeitung und soll der nun zum Abschluß stehende Tarif seine Wirkung nicht verfehlen, so muß mit Hochdruck gearbeitet werden, um die noch fernstehenden heranzuziehen.

Sonntag, der 28. Oktober, war unserer Stuttgarter Kollegenchaft gewidmet, die ebenfalls zur Zeit in einer Lohnbewegung stehen und das Erscheinen meiner Person freudig begrüßten. Daß die Verhältnisse in Karlsruhe einer Regelung bedürfen, beiprach ich in meinem Referate und fand auch in der Diskussion allseitige Zustimmung. Eines fiel mir aber dort unliebsam auf, daß noch Kollegen vorhanden sind, welche unsere eigene Sache nicht von der Personentfrage zu trennen wissen, was unter seinen Umständen für die Zahlstelle von Vorteil sein kann. Einigkeit und volles kollegiales Gefühl allein bringt die Kollegenchaft vorwärts, und wenn dieses sich die Stuttgarter Kollegen eingedenk sind, dann werden auch dort noch weitere Fortschritte zu verzeichnen sein.

Für eine Versammlung in Ludwigshafen war Montag, der 29. Oktober, festgelegt und nachdem Genosse W. Nagel vom Gewerkschaftsstellvertreter Mannheim bereits früher schon vorgearbeitet hatte, konnte nach Erstattung meines Referats zur Gründung der Zahlstelle geschritten werden, die, wenn sie das hält, was sie verspricht, bald ihren Mitgliederstand, der jetzt 30 beträgt, verdoppeln kann. Die Führung liegt in guten Händen, es bedarf also nur der willigen Unterstützung der vorhandenen Mitglieder, dann wird auch Ludwigshafen bald ein würdiges Glied unseres Verbandes werden.

Mannheim birgt, wie es den Anschein hat, eine größere Zahl von Steindruckern, welche der Förderung unserer Sache sympathisch gegenüberstehen. Wenn die in der allerdingen von Hilfsarbeitern schlecht beachteten Versammlung anwesenden Kollegen und Kolleginnen die an sie gerichteten Worte nur einigermaßen beherzigen, der nun neu gewählten Verwaltung ihre Unterstützung nicht verweigern, dann wird es auch dort mit intensiver Agitationsarbeit gelingen, die heute noch fernstehenden für uns zu gewinnen. Sind die Verhältnisse dort auch nicht gerade hoffnungsfroh, so soll es der dort arbeitenden Kollegenchaft erst recht ein Ansporn sein, die entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden; denn auf die Dauer können sich auch dort die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen dem Gedanken der Organisation nicht verschließen und so könnte auch die am 30. Oktober stattgefundene Versammlung ihre Früchte tragen.

Die Versammlung in Darmstadt am 31. Oktober, der eine sehr gut eingeleitete Agitation für zahlreichen Besuch voranging, hatte das erfreuliche Resultat einer Reihe von Renaufnahmen. Bei dem in dieser Stadt vorherrschenden Kassengeist ist auch dort steiniger Boden zu bearbeiten, aber die tatsächlich in dieser Zahlstelle vorhandene Arbeitsfreudigkeit hat schon einen großen Teil dieser Schwierigkeiten überwinden und habe ich die feste Ueberzeugung, daß die dortige Kollegenchaft weiter vorwärts schreiten wird zur Freude aller, welche an dem Emporblühen unseres Verbandes innigen Anteil nehmen.

Frankfurt a. M., wo ich am 1. November referierte, hatte ebenfalls nichts versäumt, um einen guten Besuch der Versammlung herbeizuführen. Wenn die Versammlung etwas zu wünschen übrig ließ, so war es das Fehlen unserer Kolleginnen, un-

ter welchen überhaupt im Gegenteile zu unseren Kollegen noch wenig Verständnis für die Organisation dort vorhanden ist. Jedoch das Versprechen des Kollegen Maß als Vorsitzenden, sowie der übrigen Verwaltungsmitglieder, die nächste Zeit wieder eine rege Kleinarbeit vornehmen zu wollen, dürfte, wenn es eingehalten wird, das Verständnis für unsere Sache auch bei den Arbeiterinnen wachsen und die noch fernstehenden Kollegen veranlassen, sich uns ebenfalls anzuschließen. Manches bedarf auch in Frankfurt noch einer Regelung und um diese zu erreichen, bedarf es unter allen Umständen einen weiteren Ausbau der dortigen Zahlstelle und einer größeren Mäßigkeit der dortigen Verwaltung.

Essenbach wies am 3. November, wo ich dort war, einen schlechten Besuch der Versammlung auf. Es mag auch die von dortigen Vorsitzenden unverschuldete späte Einberufung der Versammlung, teils auf die Machinationen der dortigen Unternehmer zurückzuführen sein. Ließ sich doch der Unternehmer einer größeren Firma, als er die Veranstaltung unserer Versammlung gewahrt wurde, herbei, sämtliche Arbeiterinnen um 50 Pf. aufzubessern! Diese Tricks der Arbeitgeber verfehlen ja auch meistens bei den unaufgeklärten Arbeiterinnen ihre Wirkung nicht, doch läßt auch diese Zahlstelle die Hoffnung, daß es besonders dem dort eifrig arbeitenden Vorsitzenden gelingt, dem Gedanken der Organisation eine weitere Verbreitung angeheben zu lassen, was im Interesse der dortigen traurigen Verhältnisse zu wünschen wäre.

Mainz berief die Kollegenchaft für Sonntag, den 4. November, vormittags 10 Uhr, zusammen und war es mir in meinen Ausführungen außer der Notwendigkeit einer Organisation hauptsächlich um das Zustandekommen einer Zahlstelle und der Einsetzung einer Verwaltung zu tun. Beides gelang mir und sekundierte mir dazu kollege Maß (Frankfurt), der sich im Interesse unserer Sache und seines Ganges eingehend hatte, vortrefflich. In die Verwaltung nun auch ihre Pflicht und unterstützt Kollege Maß die Sache, so dürfte es auch dort soweit gekommen sein, daß endlich einmal eine Beständigkeit vorherrschte und wir nicht alle Jahre an eine Neugründung zu schreiten brauchen, was weder im Interesse des Verbandes noch der Mainzer Kollegen und Kolleginnen gelegen sein kann.

Koblenz war am 5. November derjenige Ort, wo ich von allen meinen Versammlungen das größte Interesse von Seiten der Buchdrucker vorfand. Sie waren in großer Anzahl von Koblenz, sowie auch von jenseits des Rheines, von Remwid, vertreten. Das Hilfspersonal dagegen nur in geringer Anzahl. Ich richtete meine Worte hauptsächlich an die gelernte Arbeiterschaft, sie auffordernd, unsere Sache unterstützen zu wollen. Die Diskussion zeigte so recht, wie es die Prinzipale in Remwid verstehen, das Hilfspersonal auszunutzen. Es werden dort größtenteils jugendliche Arbeiter zum Anlegen verwendet, die mit einem Spottlohn aushalten in der Druckerei, bis sie 16 Jahre alt geworden sind, dann das vorchristliche Alter erreicht haben, um in einer anderen Fabrik eintreten zu können und somit, weil sie dort einen höheren Lohn erzielen, dem graphischen Gewerbe den Rücken kehren. Daß dieses auch für die Maschinenmeister nicht angenehm ist, immer neue Kräfte anzulernen, wurde allseitig anerkannt. Es wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Vorsitzenden der Buchdrucker und Buchbinder mit noch einem Kollegen, die die Bildung einer Zahlstelle unseres Verbandes in nächster Zeit in die Hand nehmen wollen. Hoffen wir auch dort für uns das Beste!

Unendlich traurig sah es in Köln a. Rh. aus, wo am 7. November im Gewerkschaftshaus eine Versammlung des Hilfspersonals der Druckereien einberufen ward. Hier in Köln a. Rh. wo noch anfangs dieses Jahres eine ganz annehmbare Zahlstelle bestand, ist wegen Fehlens jeglicher Führung

wieder alles verloren gegangen und war es kein leichtes Stück Arbeit, wieder eine Neugründung vorzunehmen. Die neugewählte Verwaltung wird ja nun viele Schwierigkeiten zu überwinden haben, wenn sie die Zahlstelle wieder hochbringen will, aber guter Wille verbunden mit etwas Arbeitsfreudigkeit, hat schon über so manches hinweg geholfen. Nimmt die Verwaltung dieses für sich in Anspruch, dann hat auch diese Versammlung ihren Zweck erfüllt.

Fredriger hingegen war das Bild, das die Kollegenchaft am 8. November in die Versammlung zu bringen. Die Versammlung war gut besucht, die Kollegen und die zahlreich erschienenen Kolleginnen folgten mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen und verhielten sich auch in der Diskussion, eifrig an dem Ausbau unserer Organisation arbeiten zu wollen, obwohl dies in der Nachbarschaft des Zentrums keine leichte Arbeit sein dürfte. Kollege Solik als Vorsitzender dürfte hingegen der richtige Mann sein, der auch den veralteten Anschauungen einer rückständigen Bürgerchaft Nachens entgegenzutreten imstande ist. Das Vorwärtsdrängen des modernen Organisations-Gedankens wird eben wie überall so auch dort nicht aufzuhalten sein.

Düsseldorf war nicht imstande, die Kollegenschaft am 10. November in die Versammlung zu bringen. Es war an diesem Tage ein volkstümliches Fest (Martinsfest) und da hatte das Hilfspersonal etwas notwendigeres zu tun, als eine Stunde ihre eigene Lage zu besprechen. Und doch ist nicht leicht eine Stadt vorhanden, wo es die Kollegen und Kolleginnen mehr bedürftig wären, durch eine starke Organisation die erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern wie in Düsseldorf.

Zu Krefeld waren, wie der Vorsitzende der Steinbrüder der die Einberufung der Versammlung für den 12. November in die Hand nehmen wollte, erklärte, die Korrespondenz sowie die übrigen Druckarbeiten nicht angekommen und fand dieserhalb zu meinem nicht geringen Mergel die Versammlung nicht statt. Jedoch will der Vorsitzende der Steinbrüder selbst versuchen, wie er mir versprach, dort eine Zahlstelle unseres Verbandes zu schaffen.

In Essen, wo ich am 13. November referierte, hatte sich der Vorsitzende der Buchbinder, Herr William Michel, die erdenklichste Mühe gegeben, die Versammlung imponant zu gestalten. Der Besuch konnte auch nicht schlecht genannt werden und verfehlte die an die Versammlung gerichteten Worte auch ihre Wirkung nicht; von den Anwesenden wurde es als eine Notwendigkeit angesehen, für Essen eine Zahlstelle zu gründen. Da aber in Essen der größte Teil des Hilfspersonals aus Nachtarbeitern besteht, so wurde die definitive Gründung der Zahlstelle auf den darauffolgenden Sonntag verschoben und soll das Hilfspersonal dazu nochmals eingeladen werden. Es wäre zu wünschen, daß auch dort die Worte auf wirklich fruchtbaren Boden gefallen wären; notwendig wäre es wahrhaftig auch dort, daß es vorwärts ginge. (Fortsetzung folgt.)

München. Albert Schmid.

Hat ein dauernd erwerbsunfähiges Krankenkassenmitglied im Falle einer neuen Erkrankung Anspruch auf Krankengeld?

Daß ein Arbeiter, der wegen dauernder Invalidität aus der Beschäftigung ausscheiden muß, Mitglied in seiner Krankenkasse bleiben kann, ist unbestritten. Fraglich ist aber für manche Kommentatoren, ob ein solches erwerbsunfähiges Krankenkassenmitglied in dem Falle, das zu den alten Leiden eine andere Erkrankung hinzu tritt, einen Anspruch auf Krankengeld hat. Gahn verneint die Frage in seinem Kommentar zum Krankenversicherungs-Gesetz (4. Auflage, S. 115), indem er die Meinung vertritt, der Anspruch setze voraus, daß die Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit verursacht sei und das trifft nicht zu, wenn die Erwerbsunfähigkeit schon vorher bestanden habe. Er kommt zu dieser Ansicht auch deshalb, weil er eine, mit den Absichten des Gesetzes unvereinbare Auslegung der Krankenkassen durch invalide Personen fürchtet.

Derselben Auffassung war auch der Oberpräsident der Provinz Sachsen. Er hatte eine staatliche Betriebskasse dahin informiert, daß in solchen Fällen

kein Krankengeld zu zahlen sei. Auf unsere Beschwerden entfiel er:

Gründe: Der am 3. Mai d. J. verstorbene frühere Bühnenarbeiter F. W. war am 24. November 1900 aus der Beschäftigung bei der Elbstrombauverwaltung ausgeschieden, ohne zu einer Beschäftigung überzugehen, vermöge derer er Mitglied einer anderen Krankenkasse geworden wäre. Gemäß § 3 der Krankenversicherungs-Gesetze blieb er auf seinen Wunsch freiwilliges Mitglied der Wasserbaubetriebskrankenkasse zu T. bis zu seinem Tode. Nach den angefertigten Ermittlungen war sein Ausscheiden aus der Stromarbeit durch Altersschwäche veranlaßt; er mußte in den letzten Jahren seines Lebens das Zimmer hüten und war erwerbsunfähig. Die Erwerbsunfähigkeit ist keineswegs erst infolge der im März d. J. festgestellten Erkrankung eingetreten. Nach § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes ist den Kassenmitgliedern als Krankenunterstützung außer freier ärztlicher Behandlung usw. im Falle der Erwerbsunfähigkeit aber ein Krankengeld zu gewähren. Wie jedoch aus § 5 Abs. 1, desselben Gesetzes zu folgern ist, berechtigt nur eine durch Krankheit hervorgerufene Erwerbsunfähigkeit zum Bezuge des Krankengeldes, während denjenigen Kassenmitgliedern, die bereits vor der Erkrankung aus anderen Ursachen erwerbsunfähig waren, ein Anspruch zwar auf freie ärztliche Behandlung, Arznei usw., nicht aber auch Krankengeld zusteht. Hierdurch ist die Annahme der Witwe W., daß ihrem verstorbenen Ehemann während seiner Krankheit Krankengeld zu zahlen gewesen sei, und ihre Forderung auf nachträgliche Zahlung dieses Krankengeldes unbegründet.

Auf die hiergegen erhobene Klage verurteilte das Amtsgericht zu Tangermünde die Kasse zur Zahlung.

Gründe: Die freiwilligen Mitglieder haben in derselben Weise ein Recht auf Krankengeld, wie die regulären Mitglieder der Kasse. Hierbei ist nun zunächst zu betonen, daß die Gewährung des Krankengeldes und die einer freien ärztlichen Behandlung nach verschiedenen Grundfällen geregelt ist.

Das Krankengeld wird nur für den Fall der Erwerbsunfähigkeit gewährt. Unstreitig ist, daß W. schon vor Jahren erwerbsunfähig war; er schied aus seiner bisherigen Beschäftigung wegen Altersschwäche aus. Im März 1905 erkrankte er an Influenza und starb an deren Folgen. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Krankheit und der bereits vorhandenen Erwerbsunfähigkeit ist nicht vorhanden; wäre nun W. infolge der Krankheit erwerbsunfähig geworden, so wäre sein Anspruch auf Krankengeld zweifellos begründet. Die Rechtsfrage ist nun aber die, ob auch solche freiwilligen Mitglieder, die schon vor dem Eintritt der Krankheit erwerbsunfähig waren, durch den Eintritt der Krankheit einen Anspruch auf Krankengeld haben. Das Oberverwaltungsgericht hat diese Frage bejaht.

Das Oberverwaltungsgericht führt aus, es hätte im Gesetze irgendwie ausgedrückt werden müssen, wenn es die Absicht der Gesetzgebenden Faktoren gewesen wäre, denjenigen eine Beschäftigung nicht mehr ausübenden Kassenmitgliedern einen Anspruch auf Krankengeld lediglich deshalb zu verweigern, weil es inzwischen dauernd erwerbsunfähig geworden sei. Vielmehr müßte angenommen werden, daß das Gesetz die Gewährung von Krankengeld auch an die erwerbsunfähigen freiwilligen Mitglieder beabsichtigt habe, sofern die Krankheit so beschaffen war, daß sie die Erwerbsunfähigkeit zur Folge gehabt haben würde, falls diese noch nicht bestand. Die Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts sind überzeugend, denn sie entsprechen der Billigkeit.

Es kann nicht angenommen werden, daß ein freiwilliges Mitglied, welches krank wird, kein Krankengeld bezieht, wenn es schon aus anderen früher begründeten Ursachen erwerbsunfähig war. Das Gesetz erwähnt ausdrücklich allerdings nur den Fall, daß ein Mitglied durch Krankheit erwerbsunfähig wird. § 6 spricht aber über die Möglichkeit, daß ein schon erwerbsunfähiges Mitglied an einem Leiden erkrankt, das die Erwerbsunfähigkeit herbeiführt haben würde, falls sie nicht schon bestanden hat. Da das Gesetz nur zuläßt, daß auch an sich Erwerbsunfähige als freiwillige Mitglieder der Kasse angehören, so ist die Bestimmung des § 6 in dem von der erwähnten Entscheidung angegebenen Sinne modifiziert worden, andernfalls würden sich

die Härten ergeben, die nicht in der Absicht der Gesetzgebenden Faktoren gelegen haben können.

Die beklagte Kasse wollte aber eine höchstinstanzliche Entscheidung haben und legte daher gegen dieses Urteil Berufung an das Landgericht Stendal ein. Dieses entschied nun — Aktenzeichen: 2. S. 97/06 — durch die erste Zivilkammer dahin, daß die Kasse liegebenden Faktoren gelegen haben können.

Gründe: Der Berufung der Beklagten war der Erfolg zu verlagern. Zur Entscheidung steht lediglich die Frage: Ob dauernd erwerbsunfähige Kassenmitglieder, die ihre Mitgliedschaft gemäß § 27 A. B. G. (§ 8 V. des Statuts der Beklagten) freiwillig fortsetzen, im Falle einer Erkrankung neben freier ärztlicher Behandlung usw. auch Krankengeld (§ 6 des A. B. G.) zu beanspruchen haben? Den Ausführungen des Vorderrichters, der diese Frage bejaht, ist beizutreten. Nach dem Wortlaut des § 5 bzw. 6 des A. B. G. (§ 10 des Statuts) ist Krankengeld allerdings nur im Falle einer durch Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit zu gewähren. Danach würde bei rein formeller Auffassung dieser Bestimmung ein Anspruch auf Krankengeld hier nicht gegeben sein, da die Erwerbsunfähigkeit des Kassenmitgliedes schon zur Zeit des Beginnes der Krankheit bestand, so daß es an dem anscheinend erforderlichen Kausalzusammenhang zwischen Krankheit und Erwerbsunfähigkeit fehlen würde. Ein derartig einschneidender Sinn, der der Billigkeit in höchstem Grade widersprechen würde, kann aber dieser Vorschrift insbesondere auch unter Berücksichtigung des Gesetzes in seinem Zusammenhang nicht gegeben werden. Die hier in Frage kommenden Personen bleiben Mitglieder der Kasse, d. h. sie legen das schon früher mit der Kasse eingegangene Rechtsverhältnis fort. Danach sind Rechte und Pflichten der Vertragsparteien unverändert bestehen geblieben, so daß die Kasse, die nach wie vor dieselben Beiträge von den freiwilligen Mitgliedern fordert, auch ihrerseits nach wie vor dieselben Leistungen an die Mitglieder zu entrichten hat. Hätte das Gesetz den freiwilligen Kassenmitgliedern, denen es trotz dauernder Erwerbsunfähigkeit die Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses gestattet, wegen dieser Erwerbsunfähigkeit eine besondere Stellung geben wollen, so wäre dies zweifellos zum Ausdruck gebracht. Da dies nicht geschehen, muß angenommen werden, daß auch die dauernd erwerbsunfähigen freiwilligen Mitglieder im Falle einer Erkrankung dann Krankengeld zu beanspruchen haben, wenn die Krankheit die Erwerbsunfähigkeit herbeigeführt haben würde, falls sie noch nicht bestand (vergl. Entscheidung des preuß. Oberverwaltungsgerichts, Bd. 41, S. 356). Da über die letztere Voraussetzung kein Streit unter den Parteien herrscht, und da auch die Höhe des von der Klägerin als Erbin ihres Mannes geltend gemachten Krankengeldanspruches nicht bestritten ist, mußte die Klägerin mit ihrer begründeten Klage durchgehen.

Das Recht des erkrankten invaliden Kassenmitgliedes zum Bezuge des Krankengeldes kann nicht ausdrücklich genug hervorgehoben werden. Hier handelt es sich um den Versuch, durch Interpretationen den ärmsten Kassenmitgliedern die durch Beitragsleistung erworbenen Rechte ganz erheblich zu schmälern, ein Versuch, der überall da, wo das Kassenmitglied keine genügende Rechtsbelehrung findet, auch gelingen wird.

Magdeburg. H. Heimö.
(„Correspondenzblatt“.)

Korrespondenzen.

Chemnitz. Zu unserem letzten Zahlabend hatten wir die Kollegen und Kolleginnen einer größeren Druckerei zu einer Besprechung eingeladen. Sie waren vollständig erschienen, was wohl darauf schließen läßt, daß ihnen allmählich ein Licht aufgeht, daß man heut nicht mehr abseits stehen kann von der großen Destrücke der proletarischen Bewegung. Beun sich auch nur 5 Personen aufnehmen ließen, so haben wir doch die Auerlicht, daß der Bann gebrochen ist und ferner die Zusage, daß unsere Gäste ihren Besuch in der nächsten Zusammenkunft wiederholen wollen. Hoffen wir, daß sie Wort halten. Genoss! Müller besprach das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Er wies darauf hin, daß ganz abgesehen von den ideellen Bestrebungen der Gewerkschaften die Organisation das wirtschaftliche Rückgrat des Arbeiters bilde. Gerade die Arbeiterinnen hätten alle Ursache, sich zu organisieren; denn wenn man die Lage der graphischen Hilfs-

Arbeiterchaft betrachtet, so könne man diese nur als eine sehr präzise bezeichnen. Es sei charakteristisch, daß Angehörige eines Berufes, die tagtäglich mit Mitgliedern der besten Organisation in Verbindung ständen, verhältnismäßig schwach organisiert seien. Aber noch ein anderes sei bezeichnend, nämlich, während jene sich durch die Macht ihrer Organisation, eingetragene stabile Verhältnisse geschaffen haben, seien die Löhne dieser seit einer langen Reihe von Jahren stehen geblieben, wenn nicht gar gefallen. Einer Arbeiterin, die allein steht, sei es absolut unmöglich, mit dem gegenwärtigen Lohn von 6, 8 oder 10 Mk. pro Woche auszukommen. Allerdings, freiwillig gäbe der Unternehmer nicht mehr; ihm muß jeder Pfennig abgerungen werden. Man dürfe, namentlich in den Reihen der unorganisierten Arbeiterinnen, aber auch nicht glauben, daß man sich in Mitleidenschaft auf eine etwaige Verbeirung der Organisationspflicht entziehen könne. Die Zeiten, wo das Mädchen die Ehe als Unternehmungskategorie betrachtete, seien längst vorbei. Gewöhnlich begönne schon nach den Mitterwochen das Elend in der Ehe und die Frau habe zum Unterhalt der Familie mit beizutragen. Aber im allgemeinen sei auch die Behandlung der Arbeiterinnen in den einzelnen Druckereien verbesserungsbedürftig. Ein anwesender Vertreter des Maschinenmeistervereins sprach sich in zustimmendem Sinne aus und forderte die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf, sich ihrer Organisation anzuschließen. Nicht im gegenseitigen Interesse, sondern im Hand in Hand gehen liege unsere Stärke; im Grunde genommen zögen wir doch alle an einem Strang. Wenn hier und da Übergriffe von Maschinenmeistern dem Hilfspersonal gegenüber in Bezug auf Behandlung vorkämen, so billige der Maschinenmeisterverein solche nicht. Sondern es sich um etwaige Mitglieder von ihm, so sei der Verein selbstverständlich bereit, Abhilfe zu schaffen. Andererseits müsse aber auch das Hilfspersonal die ihm gesteckten Grenzen einhalten. Sodann sprachen noch einige Kolleginnen im Sinne der beiden Vorredner und erfolgte darauf Schluß der Versammlung.

Augsburg. Versammlung vom 4. November. Kollege Stöbber eröffnete in Vertretung des Vorstehenden die Versammlung. Derselbe referierte über die Notwendigkeit der Organisation und behauptete, daß selbst jetzt, wo die Prinzipale in dieser Beziehung ein recht deutliches Vorbild geben, die Arbeiter immer noch nicht die Notwendigkeit der Organisation begreifen können. Das fortreiche Vorgehen der Hilfsarbeiter bei der Firma Burger hat gezeigt, daß nur eine geschlossene Macht bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen kann; es sei daher Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, den Indifferentismus zu bekämpfen. Kollege Hogenbart sprach sich im gleichen Sinne aus und kritisierte mit scharfen Worten das Verhalten des Herrn Burger gegenüber dem Hilfspersonal resp. den Mitgliedern unseres Verbandes. Es ließen sich hierauf 7 Kolleginnen aufnehmen. Unter Vorsitzendem wurde dem Kollegen Schmid auf seine Anfrage betreffs der Weihnachtsfeier erwidert, daß das Arrangement in den Händen des gewählten Komitees liegt und mit den Vorarbeiten bereits schon begonnen ist. Sodann Schluß der Versammlung.

Hochim. Zu der von der Kassiererin Frida Sacke einberufenen Versammlung war Gaudobner Schmid aus München erschienen. Trotz des schlechten Wetters hatte sich eine ganze Anzahl Kolleginnen eingestellt. Der Referent sprach über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage des Hilfspersonals in den Buch- und Steinrudrereien und wie ist eine Besserung zu erzielen?“ Redner führte an der Hand von Beispielen den Anwesenden die Notlage unserer Hilfsarbeiterchaft vor Augen und betonte, daß nur ein enger Zusammenhalt aller die schlechten Verhältnisse zu bessern imstande sei. Kollege Schmid forderte am Schluß seiner Ausführungen die noch fernstehenden zum Beitritt in den Verband auf. Die Worte des Redners waren auf fruchtbaren Boden gefallen. Es meldeten sich einige Kolleginnen zum Beitritt und wurde sofort eine Zahlstelle gegründet. In den Vorstand wurden folgende Kolleginnen gewählt: Frida Sacke, Vorsitzende, Paula Horn, Kassiererin, Ottilie Luda, Schriftführerin, Elisabeth Weiss und Trudchen Endermann, Beisitzerinnen. Kolleginnen! Unser Kampf ist noch klein, aber laßt den Mut nicht sinken. Jetzt gilt es fröhlich zu agitieren, um die vielen uns noch fernstehenden für unsere gute Sache zu gewinnen.

Nachen. Wesentliche Versammlung vom 8. November. Etwa 30 Kollegen und Kolleginnen hatten dem Rufe unserer Ortsverwaltung Folge geleistet, um dem Referate unseres Kollegen A. Schmid-München zu lauschen. War die Zahl der Anwesenden auch klein und war namentlich eine Anzahl Mitglieder der Versammlung fern geblieben, so war

dies bei den hiesigen Verhältnissen auch nicht anders zu erwarten. „Warum muß sich das graphische Hilfspersonal organisieren?“ lautete das Thema, über welches Kollege Schmid sprach. Ausgehend von der Auffassung, daß alles Leben auf dem Prinzip der Organisation beruhe, verbreitete sich Redner über die wirtschaftlichen Koalitionen des Unternehmertums und führte aus, wie gerade aus den Organisationen der Arbeitgeber die Arbeiter die nötigen Schutzforderungen ziehen müßten. Speziell auf unseren Verband übergehend, führte Redner eine Anzahl Erfolge unseres Verbandes vor Augen, Vergleiche zwiischen den Orten, in welchen der Hilfsarbeiterverband stark ist und den Nachbarn erbärmlichen Lohnverhältnissen. Während beispielsweise in München der Mindestlohn für Inlegerinnen 13 Mk. beträgt, kann man in Nachen schon Anlegerinnen mit 5,50 Mk. Wochenlohn finden. Stein-schleifer erhalten in Nachen 8,50 Mk. bei 16 Wk., während in München der Mindestlohn für diese Arbeiterkategorie 24 Mk. beträgt. Eingridlicher konnte der Referent die Erfolge des Verbandes nicht nachweisen, als durch diese Zahlen, und durch nichts konnte den Anwesenden die Notwendigkeit, sich zu organisieren, besser vor Augen geführt werden. Weiterhin streifte Redner die kaum beendigten Kämpfe im graphischen Gewerbe, an denen auch der Hilfsarbeiterverband in hervorragender Weise beteiligt war und in denen es den Unternehmern nicht gelang, die Arbeiterverbände niederzuzwingen. Ueber eine Stunde währte das vortreffliche, mit Beifall aufgenommenen Referat. Nach einigen ermunternden Worten des Vorstehenden ging Kollege Schmid zum Schlußwort über, in welchem er sich hauptsächlich an die anwesenden Buchdruck- und Steinrudrmaschinenmeister wandte, die zum eifrigen Mitarbeiten beim Aufbau der hiesigen Zahlstelle unseres Verbandes anzufragen, da es in ihrem eigenen Interesse läge, wenn das Hilfspersonal organisiert sei. Mißliche Verhältnisse, wie sie in Berlin zwischen Maschinenmeistern und Hilfspersonal herrschen, seien eben eine Berliner Spezialität. In fast allen anderen Orten sei zwischen den Maschinenmeistern und dem organisierten Hilfspersonal friedliches Zusammenarbeiten zu konstatieren im Interesse beider Teile. Mehrere Remarques waren das erfreuliche Resultat der Versammlung. Dem offiziellen Teile der Versammlung folgte die Ribeltos, welche die Erschienenen noch ein Stündchen beizammen hielt.

Leipzig. Versammlung vom 10. November. Reichstagsabgeordneter Gen. C. Pinfau hielt einen lehrreichen Vortrag über den „Kampf ums Dasein“. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine sachlichen Ausführungen. Ueber Verbandsangelegenheiten berichtete Kollege Schulze. Er führte aus, daß er den Tarif für das Buchdruckereihilfspersonal an den Verein Leipziger Buchdruckereibesitzer eingeleitet, aber nur eine nichtslagende, ausweichende Antwort erhalten habe. Die Stimmung der Versammlung ergab folgende Resolution: „Die heute Versammelten nehmen Kenntnis von dem Einverständnis des Vorstandes der Leipziger Buchdruckereibesitzer, in Lohnverhandlungen mit ihrem Hilfspersonal eintreten zu wollen und erwarten nun, daß diese Verhandlungen beschleunigt werden und ipäterstens bis zum 20. d. Mts. das Resultat derselben den Mitgliedern zur Kenntnis gelangen kann.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem mündlich Kollege Schulze, man möge den Tarifvertretern die nötige Vollmacht erteilen, damit dieselben ermächtigt sind, unter günstigen Bedingungen den Tarif für Leipzig abzuschließen, da die Steinrudrertarifvorlage ja bereits verhandelt worden ist. In der Diskussion sprachen sich einige Redner dahin aus, die Vorlage doch in der Versammlung zu veröffentlichen. Kollege Seidel erwidert, doch der Kommission kein Mißtrauen entgegen zu bringen; wir alle wüßten, wie im vorigen Jahre unsere Vertreterinnen so taftvoll waren, den damaligen Tarif, so wie ihn die Prinzipale zurechtgestutzt hatten, einfach abzulehnen und die Mitglieder waren es zufrieden. Kollege Schulze empfiehlt die Tarifvorlage in einer Kommission und Vertrauenspersonenzusammensetzung zur Diskussion. Nach einigen internen Mitteilungen erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Crimmitschau. Versammlung vom 13. November. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich die Kollegen Karl Alumentritt und Paul Roder krank und der Kollege Karl Alumentritt wieder gesund gemeldet habe. Arbeitslos sind noch 5 Kollegen. Aufgenommen werden 4 Kollegen und 2 Kolleginnen, angemeldet haben sich 2 Kollegen und 1 Kollegin. Den Kassenbericht gibt der Vorsitzende Kollege Vogel, welcher seit dem 21. Juni den Kassiererposten mit vertritt, da der damalige Kassierer Moritz Holz zum Streikbrecher wurde. Kollege Blazsonka gibt bekannt, daß alles in bester Ordnung vorgefunden wurde; Geld konnte natürlich an die Hauptkasse nicht eingeschickt werden, da dieses für die Hauptaus-

geperten ausgegahlt worden ist. Da der Reich unserer Monatsversammlungen viel zu wünschen übrig läßt und den Kolleginnen und Kollegen dadurch manches Schöne und Interessante verloren geht, wurde beschlossen, die nächste Versammlung am Sonnabend, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, im Saale des Gasthofs „Zum Bleichental“ mit darauffolgender Kaffeestunde und Tänzchen abzuhalten, um auch unsere Jugend mehr an die Versammlungen zu gewöhnen und sie zu tüchtigen Agitatoren zu ziehen, damit unsere Schar immer größer wird; denn es gibt bei uns noch sehr viele, die glauben, ihre Lage durch Schöntun mit den Prinzipalen und Meistern zu verbessern, was oft garnicht eintritt oder in einzelnen Fällen von recht kurzer Dauer ist. Unser diesjähriges Stiftungsfest, bestehend aus Konzert und Ball, findet am Sonntag, den 27. Januar, statt. Es wird darauf hingewiesen, daß trotz mehrmaliger Ueberarbeit von den fünf noch nicht Wiedereingestellten keiner eingestellt wurde, trotzdem Arbeit genug vorhanden ist. Hier kann nur durch die gemeinsame Solidarität Wandel geschaffen werden. Hierauf Schluß der Versammlung.

Schemitz. Versammlung vom 13. November. Kollege Eichhorn begrüßte die Erschienenen, besonders die Kolleginnen und Kollegen der Firma Piefenbahn. Darauf hielt Referent Müller einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Zu treffenden Ausführungen bewies Redner den Nutzen der Organisation und der reiche Beifall am Schluß bewies, wie sehr die Worte den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen waren. In der folgenden Diskussion wurden die Zustände der Firma Piefenbahn erörtert. Dort werden nicht nur die schlechtesten Löhne gezahlt, sondern die Ansetzungen müssen sich sogar noch Ubrteigen gefallen lassen. Der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins erklärte sich gern zur Mitarbeit und Verständigung in gemeinsamen Angelegenheiten bereit. In seinem Schlußwort ging Herr Müller noch auf die Lohnbewegung der Leipziger Kollegen ein. Es sei dies ein weiterer Beweis des Nutzens, den die Organisation bringe. Nur durch eine stramme Organisation können solche Mißstände wie bei Piefenbahn beseitigt werden. Nachdem Kollege Eichhorn die Kollegen der Firma Piefenbahn zur nächsten Versammlung eingeladen hatte, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Breslau. Versammlung vom 18. November. Nach Beilegung des Protokolls erfolgte Wiederannahme des Kollegen Hohnstodt, welcher seinerzeit wegen Beleidigung einiger Vorstandsmitglieder ausgeschlossen wurde. Da dieser die Reueung bedauerte und zurücktrat, wurde er mit dem Hinweis, künftig vorsichtiger zu sein, wiederaufgenommen. Wer die letzten Nummern unserer Zeitung verfolgt hat, wird erleben haben, daß das Engelsche Referat, sowie der neue Tarifabschluß der Buchdrucker in verschiedenen Zahlstellen viel Staub aufgewirbelt hat; ebenso hier in Breslau, wo sich die heutige Versammlung eingehend damit beschäftigte. Kollege Abend hatte es sich zur Aufgabe gemacht, diesen für unsere Organisation tiefsinnigenden Fragen näher zu beleuchten. In erster Linie kann er dem Verbandsvorstand den Vorwurf nicht eriparen, die Situation seinerzeit verpaßt zu haben, sonst hätte es unmöglich zu solchen Abmachungen seitens der Buchdrucker dem Hilfspersonal gegenüber kommen könne. Darauf verliest Redner das Vorwort des Referats. Er weist dann in längerer Ausführungen auf die beachtlichsten Schädigungen hin und auch auf die sonderbare Auffassung einiger Maschinenmeister über die Hilfsarbeiterfrage. Das Referat Engel hat zum Teil wenigstens an einzelnen Orten doch das zuwege gebracht, daß rücksichtslos gegen uns vorgegangen wird; dafür hätten wir auch hier schon Beweise, indem ein Tiegeldrucker durch einen Maschinenmeister ersetzt worden ist und solche Fälle werden wohl noch mehr vorkommen. Redner legte sodann der Versammlung etliche auf seinen Vortrag bezügliche Fragen zur Diskussion vor. In der darauf erfolgten Debatte erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen des Kollegen Abend einverstanden und machten dem Vorstand ebenfalls den Vorwurf, diese wichtige Sache viel zu lau und einseitig zu behandeln zu haben. Zum Schluß wurde die vom Kollegen Abend eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Derselbe lautet: „Die heute im goldenen Saal versammelten Mitglieder der Zahlstelle Breslau haben von dem Referat des Maschinenmeisters Engel-Berlin, sowie von der Resolution des Maschinenmeisterkongresses Kenntnis genommen. Wir sind mit den Ausführungen unseres Referenten in vollem Umfange einverstanden und geben daher folgende Erklärung ab: 1. Sprechen wir den Maschinenmeistervereinen die Berechtigung, über unsere Obliegenheiten im Arbeitsverhältnis zu bestimmen, ab, da dieselben keine moderne Organisation, sondern nur eine aus Lokalvereinen bestehende Sonderorganisation bilden. 2. Erwarten wir, wegen den unter 1 angeführten

Gründen, von der nächsten Generalversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes in seiner Eigenschaft als solcher, daß dieselbe eine für beide Teile gültige und zufriedenstellende Lösung der Hilfsarbeiterfrage herbeiführt, bezw. die Grenzen der Obliegenheiten der Maschinenmeister sowie Hilfsarbeiter endgültig festlegt; ebenso für Lohnbewegungen für beide in betracht kommenden Berufe eine verbindende Abmachung trifft, da uns auf Grund unserer Erfahrungen ein derartiges Abkommen notwendig erscheint. Die Zustimmung unserer Delegierten zu dieser Generalversammlung, und zwar in unbeschränkter Anzahl, halten wir für selbstverständlich. 3. Da wir organisierten Hilfsarbeiter ebenfalls eine Existenzberechtigung haben, sind wir der Meinung (und dieselbe dürfte auch die der Herren Arbeitgeber sein), daß an sogenannten Hilfsmaschinen nur Hilfsarbeiter zu beschäftigen sind. Bis zu der von uns in Vorschlag gebrachten Lösung der Frage werden wir unsere noch innehabenden Positionen verteidigen und zwar als Coitratante zur Parole „Enkel“: Nicht gegen die Maschinenmeister — Alles für die Hilfsarbeiter! 4. Erwarten wir von unserer Verbandsvorstand, daß er unserer Resolution gemäß Stellung nimmt und hoffen, daß sich alle Botschaften unsere Resolution zu eigen machen.“ Nach einem kurzen Appell an die Versammlung, das hier Angenommene auch hochzuhalten, da dies nur das Einzige sei, um sich seiner Haut zu wehren, schloß Kollege Abend seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach Erledigung einiger den Ort betreffenden Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. M. S.

Dresden. In der am 20. November stattgefundenen Versammlung berichtete Kollege Krumpfert über den Stand unserer Lohnbewegung. Unsere Forderung erhielten die Druckereibesitzer am 10. November und war um Antwort bis zum 15. November gebeten worden. Die Dresdener Buchdruckerinnung, die gerade um diese Zeit eine Versammlung hatte, zu welcher auch die nicht der Innung angehörenden Firmen eingeladen waren, beschloß sich vornehmlich mit der Druckereierhöhung, dem neuen Druckertarif, ebenfalls auch mit unserem vorgelegten Tarifentwurf. Das Ergebnis der dortigen Verhandlungen zettigte folgende Antwort der Innung: „Erit dann in örtliche Lohnregulierung eintreten zu können, sobald der Entwurf des Deutschen Buchdruckervereins (Leipzig) über allgemeine Bestimmungen und Regelung der Arbeitsverhältnisse eingegangen sei. Die Antwort des Vereins Deutscher Steinbrüderbesitzer stimmt ebenfalls darauf hinaus, sich bei dieser Sache nicht allzusehr zu überstürzen. So erhielten wir nur die Empfangsbescheinigung mit dem Bemerkten, daß der Vorstand keine Mitglieder davon in Kenntnis gesetzt habe und würde in der nächsten Versammlung hierüber Beschluß gefaßt werden, über welchen wir Nachricht erhalten würden. Eine Zeit anzugeben, wann wir ungefähr darauf rechnen könnten, war aber nicht zu finden. Wohl hat aber eine Versammlung schon am 11. November stattgefunden, in der ja auch gelangt worden sei, es müsse für das Hilfspersonal etwas geschehen, aber wann, davon habe man nichts in Erfahrung bringen können. Nun stellte sich aber nach dem Bericht der Innung heraus, daß beide Vereinigungen beschlossen haben, die Sache gemeinsam zu regeln und um unsere Forderungen nach Möglichkeit bis ins neue Jahr zu ziehen. Um aber der Verschleppung einen Mantel anzuhängen, fehlt es nur noch an dem Entwurf über Regelung der Arbeitsverhältnisse. Für uns kann es aber nur eins geben und zwar, eine baldige Aufbesserung der Löhne eintreten zu lassen; denn gerade jetzt bei der herrschenden Teuerung ist es so manchen Kollegen und Kolleginnen nicht möglich gewesen, sich etwas zu erheben, um seinen Kindern zum Weihnachtsgeld ebenfalls eine Freude machen zu können. Aber was kümmert das den Arbeitgeber. Wenn es nur seinen Kindern zu Weihnachten an nichts fehlt. Da sei es sehr angebracht, daß unseren Forderungen nach vor dem Feste stattgegeben werde. Aber für solche Art christlicher Nächstenliebe haben unsere Arbeitgeber kein Verständnis. Ihr Plan geht dahin, uns möglichst lange zappeln zu lassen. Dat man es anerkennt, daß hier etwas gegeben muß, so wird man sich auch nicht der Einsicht verschließen können, daß das auch bald zu geschehen hat. Einige Firmen haben bereits bewilligt, bei zwei Firmen ist es zu einem definitiven Abschluß noch nicht gekommen, der aber nahe bevorsteht; eine Firma erklärte die Zulage nur den Verbandsmitgliedern zu gewähren, denn für die anderen, die sich uns nicht anschließen, könne auch keine Zulage gewährt werden. (So werden nun wohl auch die Indifferenteren wissen, wo sie hingehören, die es sich immer nur zur Aufgabe machen, den Verband zu belästigen. D. Schrift.) Für uns kann es nur den einen Weg geben, die Antwort der Vereinigung

nicht abzuwarten, und sich mit einer derartigen Verschleppung nicht einverstanden zu erklären. Einen anderen Weg zu gehen, bedeute einen Schnitt ins eigene Fleisch. Es gibt noch mehr Unternehmer, die unseren Forderungen nicht so flehentlich gegenüberstehen, wo wir auf Grund unserer guten Organisation auf sicheren Erfolg rechnen dürfen. Es würde wohl etwas sehr lange dauern, wollten wir auf die Antwort der Prinzipalsvereinigung warten, in der gerade diejenigen die führende Rolle haben, die es schon seit Jahren verstanden haben, ihr Hilfspersonal betreffs Löhne auf der niedrigsten Stufe zu halten. Da könnte man sich wohl ohne weiteres klar darüber sein, daß viel Ersprießliches dabei nicht herauskommen wird. Aber gerade diejenigen Prinzipale, die mehr sozialpolitisches Verständnis an den Tag legen, gerade diese würde man sich versichern. Für uns kann auch nicht als Bedingung gelten, daß es unter allen Umständen ein Tarif sein muß; nur um den Prinzipalen entgegenkommen zu gehen, sind wir bereit, einen Tarif abzugeben, d. h. wenn unsere Forderungen größte Berücksichtigung finden, aber auf keinen Fall einen sogenannten Minimumtarif, der uns auf viele Jahre hinaus bindet und uns in unserem Fortkommen hindert. Nämlich es noch dazu, vor Weihnachten mit der Korporation der Unternehmer zu verhandeln, dann würden Wochen vergehen, ehe es zu einem Abschluß kommen würde; dann würde noch ein späterer Zeitpunkt festgelegt werden, wenn das Abgeschlossene Gültigkeit erhält, und so könnten wir am Schluß erleben, daß wir eventuelle Zulagen erst im Februar oder März erhalten und wir waren diejenigen, die sich die gute Konjunktur unausgenutzt entgehen ließen. Von dem heutigen Beschluß wird es abhängen, wie unser weiteres Verhalten sein wird. Kollege Herrmann schiebt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vordredners an, und die Antwort habe nur den Zweck, unsere Lohnregulierung zu verschleppen, ebenso wie man jetzt schon an einen Entwurf arbeite über Regelung der Arbeitsverhältnisse, genau so gut könne man immer in eine Regelung unserer Forderungen eintreten, ebenjotig wie sich die Prinzipale mit der Druckereierhöhung beschäftigen, um auch ihren Profit herauszuschlagen, ebenso brüht uns auch der Schuß nach einer besseren Bezahlung unserer Arbeitskraft. Vor allem sollte man die Zeitungsbetriebe in erster Linie berücksichtigen, dort läge es am dringendsten, Wandel zu schaffen. Die „Dresdener Nachrichten“, die wohl eine Jubelfeier aus Anlaß ihres 25-jährigen Bestehens veranstalteten, haben ihren Hilfsarbeitern daraufhin ein Geschenk von 5 Mk. gemacht; diejenigen aber, die schon länger dort für die vorredenden Löhne von 15, 16 und 17 Mk. als Nachtarbeiter frönten, erhielten auch Ringe usw., aber an eine Regelung der so erbärmlich entlohnenten, ist man nicht herangegangen. Nicht besser ist es in den „Neuesten Nachr.“, die ein so begehrtes Blatt in Arbeiterkreisen sind. Diese Firma bringt es fertig (trotz vorjähriger Vereinbarung mit ihren Leuten, das Hilfspersonal von unserem Nachweis zu 18 Mk. Mindestlohn anzustellen), einen 27-jährigen Hilfsarbeiter mit ganze 13 Mk. zu entlohnen; hier sei es vor allen Dingen notwendig, Wandel zu schaffen. Aber auch für diejenigen mag es ein Fingerzeig sein, die da glauben, die „N. N.“ vertreten auch Arbeiterinteressen. Herrmann verliest dann die von der Lohnkommission eingebrachte Resolution:

„Die heute am 20. November im Gasthaus „Zum Senefelder“ stattfindende starkbesuchte Versammlung der Buch- und Steinbrüder-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben der Dresdener Buchdruckerinnung, sowohl auch von dem des Vereins der Steinbrüderbesitzer, und erklärt, unter keinen Umständen damit einverstanden zu sein, so lange zu warten, bis der Entwurf über die Regelung der Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals vom Deutschen Buchdruckerverein eingegangen ist. Die Versammelten erblicken hierin eine Verschleppung der eingereichten Forderungen und beauftragen die Lohnkommission, mit den Druckereibesitzern in Einzelverhandlungen einzutreten.“

Nachdem sich noch einige Kollegen für die Annahme der Resolution ausdrückten, fand dieselbe einstimmige Annahme. Unter Punkt 2: „Gewerkschaftliches“ berichtet Kollege Herrmann über die auf Grund der Auseinandersetzung mit den Buchdrucker-Maschinenmeistern in der Volkshaus-Versammlung am 20. September angenommenen Antrag, eine Kommission einzusetzen, die Beschwerden und Streitigkeiten unter Hinzuziehung von Mitgliedern des Vorstandes zu regeln hat. Von unserer Verwaltung wurden die Kollegen Herrmann Gubisch und Krumpfert, von den Maschinenmeistern Fänger, Scheel und Lehmann, vom Gauvorstand Wendische und Reichenbach vorgeschlagen. Am 3. November

fand die erste Sitzung statt und schien es, als ob dieselbe nur den Zweck habe, nun uns ein Geschäft abzurufen, daß wir den neuen Tarif auch für uns in den Hilfsarbeiterfragen als bindend anerkennen, denn nur auf der Grundlage des neuen Tarifes könnten die weitere Verhandlungen und Unterhaltungen in den gewünschten Fällen zuagen. Auch müsse Herrmann seinen Standpunkt in der Vorgelegten Frage ändern. Wir erklärten, den Tarif nicht schon vor Inkrafttreten anzuerkennen, der, wie ja auch feststeht, in dem eigenen Mollentzweifel scharf bekämpft wird, auch könne man jetzt noch gar nicht voraussehen, inwieweit der neue Tarif seine Schattenseiten auf die Hilfsarbeiterkategorie, so kann man eben der Einigung zuagen nur unter den jeweiligen Tarifverhältnissen. Herrmann erklärte, seinen Standpunkt in der Vorgelegten Frage nicht ändern zu können. Wenn man auch eingangs hervorhob, auf die vorausgehenden Streitigkeiten nicht einzugehen, so war es doch nicht zu vermeiden, um den Vertretern des Gauvorstandes Gubisch zu verschaffen, und ging es zeitweise recht lebhaft her. Aber trotzdem kam man zu der Überzeugung, daß es nur im beiderseitigen Interesse liegen könne, wenn auftauchende Streitigkeiten und Beschwerden untereinander so auch umgekehrt erst im engeren Kreise erledigt würden, wodurch die unliebsamen Debatten in den Versammlungen unterbleiben könnten. Dem wurde allseitig zugestimmt. Auch erklärten die Buchdrucker es für selbstverständlich, uns in Lohnfragen soweit es ihr Tarif zuläßt zu unterstützen, vorausgesetzt, daß die Bewegungen rechtzeitig dem Vorstande zur Kenntnis gebracht werden. Krumpfert ergänzte noch die Ausführungen und hebt besonders hervor, daß sich auch die Mitglieder darnach richten möchten, ihre Beschwerden (aber nicht über jede Kleinigkeit) in unserem Arbeitsnachweis anzubringen. Die Kollegen Wettenberg und Sünderhaus billigen das Verhalten unserer Vertreter und wünschen, daß auch den Leuten gezeigt werde, was noch verbesserungsbedürftig ist. Kollege Franke schiebt Beschwerde, daß ein Kollege schon einige Wochen nicht erschienen ist. Er wird von Herrmann dahin berichtet, daß der Kollege Erbrich seines Hausflurpostens von der Verwaltung entbunden worden ist und hat sich dieser jedes Eintreffens von Beiträgen zu enthalten. Da nun die Adressen von E. falsch angegeben waren, war es noch nicht möglich, den Kollegen ausfindig zu machen. Krumpfert ersuchte noch die Kollegen und Kolleginnen, in der nächsten Versammlung, die voraussichtlich im Volkshaus stattfindet, recht zahlreich zu erscheinen und nach Kräften zu agitieren. Auch diejenigen Kollegen, die Bilder von der letzten Partie bestellt haben oder noch haben wollen, sollen sich im Nachweiss melden. Hierauf fand Schluß der gutbesuchten Versammlung. M. S.

Hannover. Versammlung vom 20. November. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls wurde Kollege Weibel einstimmig als Schriftführer gewählt. Kollege Spatzbill berichtete über das Schreiben vom Hauptvorstand, welches Bezug auf unseren Lohnvertrag nimmt und gibt bekannt, daß die Prinzipale ihrerseits auch einen Tarif aufgestellt hätten und letzte dann den Kollegen und Kolleginnen aus einander, wie die Herren Chef's nach diesem Tarif mit uns verfahren wollten. Nachdem die Kollegen und Kolleginnen sich dahin ausgesprochen hatten, daß wir uns dieses von den Prinzipalen nicht gefallen lassen werden, las Kollege Spatzbill nochmals die einzelnen Paragraphen des Lohnvertrags vor und wurde derselbe dann einstimmig angenommen. Dem Vorstande wurde es überlassen, für die rechtzeitige Einbringung des Tarifs an die Prinzipale zu sorgen, damit dieselben genügend Zeit haben, eine Antwort bis zum 5. Dezember abzugeben. Kollege Sp. macht bekannt, daß einige Prinzipale eine sechsmonatliche Kündigung vereinbaren wollen. Es wird vor Annahme solcher Vereinbarungen dringend gewarnt und ermahnt, weiter zu arbeiten, damit wir unseren Tarif auch verwirklichen. Beschlossen wurde, am 1. Weihnachtstages eine kleine Zeit für die Mitglieder und deren Freunde zu veranstalten mit Tannenbaumverlebung, amerikanischer Lunkin und Tanz. Das Arrangement zu diesem Fest wie zu dem im Januar 1907 stattfindenden Winterveranstaltungen wurde dem Vorstand übertragen. Unter Verschiedenem beantragt Kollege Sudsagen, die Vertretung der einzelnen Geschäfte in den Versammlungen einzuführen, damit die nicht anwesenden Mitglieder benachrichtigt werden, was in den Versammlungen beraten und beschlossen wurde. Eine Kollegin teilt mit, daß bei der Firma Wasserfankop & Robby eine Anleiherin von morgens 6 bis abends 1/10 Uhr mit zeitweiser Ablösung arbeitet. Sodann Schluß der Versammlung. G. B.